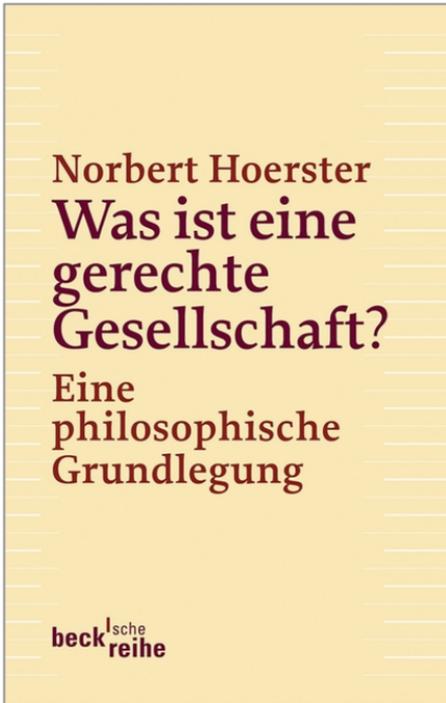


Unverkäufliche Leseprobe



**Norbert Hoerster**  
**Was ist eine gerechte Gesellschaft?**  
Eine philosophische Grundlegung

143 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-65293-6

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/12214661>

## *Einleitung*

Wenn in der Politik und in den Medien gegenwärtig von einer gerechten Gesellschaft die Rede ist, erscheinen gewöhnlich auf der einen Seite die sogenannten Sozialisten mit ihren Forderungen nach «mehr Gleichheit» und «mehr Staat» und auf der anderen Seite die sogenannten Liberalen mit ihrer Ablehnung dieser Forderungen. Und auch die meisten Philosophen, die sich mit der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit befassen, lassen sich einer der beiden Richtungen zuordnen.

Ich möchte in diesem Buch die soziale Gerechtigkeit unter philosophischem Aspekt differenzierter betrachten und die beiden genannten Fragenbereiche – «wieviel Gleichheit?» und «wieviel Staat?» – weitgehend voneinander trennen. Zwar würde die Forderung nach «mehr Gleichheit» sich ohne staatliche Maßnahmen kaum realisieren lassen. Das heißt aber nicht, dass die soziale Angleichung innerhalb der Gesellschaft in der Weise erfolgen müsste, dass der Staat alle möglichen Projekte wie Vergnügungsparks und Konzerthäuser in die eigene Hand nimmt. Warum können solche Einrichtungen nicht privat organisiert werden? Warum muss jeder Bürger die Möglichkeit haben, mit staatlicher Finanzierung sich in einem Park zu vergnügen oder Musik zu genießen?

Viele Bürger sind doch offenbar gar nicht interessiert, solche Angebote anzunehmen. Und was jene Bürger betrifft, die daran interessiert sind: Könnten die «Reichen» unter ihnen die Wahrnehmung dieser Interessen nicht selbst finanzieren? Ja, könnten nicht auch die «Armen» unter ihnen die Wahrnehmung dieser Interessen selbst finanzieren, falls der Staat sie auf dem Weg zu

«mehr Gleichheit» zulasten der «Reichen» steuerlich entlasten bzw. finanziell unterstützen würde? Warum sollte in einer Gesellschaft, die gerechterweise *weder* «Armut» *noch* «extremen Reichtum» kennt, nicht jeder Bürger selbst entscheiden dürfen, wofür er sein Geld ausgeben will? Nach dieser Sichtweise einer gerechten Gesellschaft, für die ich im Folgenden plädiere, kann die politische Konsequenz für den gegenwärtigen deutschen Staat in wesentlicher Hinsicht nur lauten: «Mehr Gleichheit und weniger Staat».

So viel als Vorbemerkung. Nun zu den einzelnen Fragestellungen des Buches. Zunächst einmal: Was ist überhaupt eine gerechte Gesellschaft? Eine gerechte Gesellschaft ist per definitionem eine Gesellschaft, in der das Zusammenleben der Menschen bzw. Bürger gerecht geregelt ist. Und da das Zusammenleben der Menschen in den zentralen Fragen vom Staat geregelt wird, ist eine Gesellschaft vor allem dann gerecht, wenn die in ihr geltenden staatlichen Normen als gerecht zu betrachten sind.

Wenn in diesem Buch von gerechten Normen die Rede ist, sind deshalb in erster Linie solche Normen gemeint, deren Erlaß und Durchsetzung in den Aufgabenbereich des Staates fällt. Ich setze insofern voraus, dass es hinreichende Gründe dafür gibt, dass die Gesellschaft auf eine staatliche Ordnung, einen Staat angewiesen ist, um die begründeten Forderungen der Gerechtigkeit umzusetzen. Ausdrücklich behandelt wird diese Voraussetzung aber erst in Kapitel V; denn die Legitimität des Staates hängt nach meiner Überzeugung davon ab, welche begründeten Gerechtigkeitsforderungen es überhaupt gibt, deren Umsetzung der Existenz des Staates bedarf. Wie lauten also die wichtigsten Forderungen oder Normen der Gerechtigkeit?

In Kapitel I soll untersucht werden, unter welchen generellen *Bedingungen* wir eine Norm als «gerecht» – bzw. als «ungerecht» – bezeichnen würden. Zu diesem Zweck ist zunächst die Bedeutung des Wortes «gerecht» zu klären und dann zu überlegen, wie sich unsere Urteile in den beiden zentralen Bereichen

der Gerechtigkeit – der «Grundgerechtigkeit» und der «Verteilungsgerechtigkeit» – überzeugend begründen lassen. Ein Begriff, der mit dem Begriff der Gerechtigkeit nach verbreiteter Meinung eng verbunden ist, ist der Begriff der Gleichheit. Laufen Gerechtigkeit und Gleichheit etwa auf dasselbe hinaus?

In Kapitel II soll gezeigt werden, dass sich gewisse Grundrechte, die allen Individuen der Gesellschaft gleicherweise zustehen, intersubjektiv begründen lassen. Zu diesen Grundrechten gehören neben den unverzichtbaren Abwehrrechten wie dem Recht auf Leben auch bestimmte Anspruchsrechte. Gemeint ist ein Anspruchsrecht sowohl der Bedürftigen auf die lebensnotwendigen Grundgüter als auch der Heranwachsenden auf eine gewisse Ausbildung. Nicht begründbar erscheint dagegen ein Anspruchsrecht auf eine umfassende Chancengleichheit.

Kapitel III behandelt die Forderung nach Gleichstellung, wonach alle unverdienten Ungleichheiten in der Gesellschaft prinzipiell auszugleichen sind. Im Zentrum steht John Rawls' berühmte Vertragstheorie der Gerechtigkeit. Das Besondere an dieser Theorie ist sowohl die Form ihrer Begründung als auch ihr weitgehend egalitäres Ergebnis. So plausibel die Rawls'sche Theorie vielen Lesern auf den ersten Blick auch erscheinen mag: Bei sorgfältiger Betrachtung ist sie in jeder der beiden Hinsichten schwerwiegenden Einwänden ausgesetzt.

In Kapitel IV geht es speziell um das Grundrecht des Eigentums. Es soll gezeigt werden, dass dieses Recht weit weniger selbstverständlich ist als etwa das Recht auf Leben. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die meisten Güter, die Gegenstand des Eigentums sein können, von Natur aus begrenzt und deshalb zwischenmenschlicher Konkurrenz ausgesetzt sind. Dies gilt vor allem für Grund und Boden. Insofern ist es, was oft übersehen wird, eine zentrale Forderung der Gerechtigkeit, sowohl für die Entstehung als auch für den Übergang des Eigentums an Grund und Boden begründbare Normen zu finden.

In Kapitel V geht es um die Aufgaben eines gerechten Staates. Nicht nur die Grundrechte der Bürger, für die im Vorangegangenen argumentiert wird, sind ohne den Staat kaum realisierbar; auch das Wohl der Bürger in einem weiteren Sinn des Wortes ist auf den Staat angewiesen. Das heißt freilich nicht, dass der Staat berechtigt sein kann, *beliebige* Projekte mit den Steuerzahlungen der Bürger zu finanzieren. Es gilt deshalb, die Befugnisse des Staates an ein festes Kriterium zu binden. Und es gilt ebenso, nach einem Kriterium für eine gerechte Steuerverteilung zu suchen.

Nicht behandelt wird in diesem Buch die Frage nach der legitimen *Form* eines gerechten Staates, deren Beantwortung eine eigene Abhandlung erfordern würde. Allzu häufig werden in unserer Gesellschaft die Fragen nach den Aufgaben («Was soll und was darf ein gerechter Staat tun?») und der Form des Staates («Wer soll die Staatsherrschaft ausüben?») unter denselben Begriff, den Begriff «Demokratie» gebracht. Die eigentliche Demokratie als Volkssouveränität aber beantwortet allein letztere Frage, die hier nicht behandelt wird.

Nicht jeder gerechte Staat in Bezug auf die Wahrnehmung seiner Aufgaben ist notwendig eine Demokratie, und nicht jede Demokratie nimmt ihre Aufgaben in gerechter Weise wahr. Dass die Demokratie gleichwohl, realistisch betrachtet, für den gerechten Staat die besten Voraussetzungen bietet, ist zwar möglich, aber begründungsbedürftig. Auch als überzeugter Demokrat sollte man sich fragen: Was ist für den Bürger im Zweifel von größerer Wichtigkeit, *wer* den Staat regiert oder *was* der Staat tut?

Ebenfalls unbehandelt bleibt in diesem Buch die Frage nach der *globalen* Gerechtigkeit, also die Frage, wie die Bürger der verschiedenen Staaten bzw. diese Staaten selbst gerechterweise miteinander umgehen sollten. Rein philosophisch betrachtet, ist diese Frage kaum anders zu beantworten als die Frage nach der

gerechten Gesellschaft bzw. der Gerechtigkeit im Rahmen des Staates. Es ist nicht einzusehen, warum für den Umgang zwischen den Staaten auf einer gemeinsamen Erde prinzipiell andere Regeln gelten sollten als für den Umgang zwischen den Individuen in einer gemeinsamen Gesellschaft.

Dass sich trotzdem viele Fragen der globalen Gerechtigkeit derzeit kaum eindeutig beantworten lassen, hat vor allem den folgenden Grund: Wir leben zwar in einer Zeit immer enger werdender politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften dieser Erde, befinden uns also in mancher Hinsicht auf dem Weg in Richtung einer Weltgesellschaft. Gleichzeitig sind wir jedoch von einem Weltstaat noch weit entfernt. Ein besonderes Problem stellt dabei die Tatsache dar, dass die Machtunterschiede zwischen den Staaten zur Zeit ungleich größer sind als die Machtunterschiede zwischen den Individuen in einem vorstaatlichen Naturzustand. Die mächtigsten Staaten wollen deshalb ihre Dominanz nicht aufgeben. Nach alledem stellt sich die Frage nach der *globalen* Gerechtigkeit vor allem als eine Frage nach der gegenwärtig aus pragmatischer Sicht realisierbaren *Umsetzung* der aus philosophischer Sicht begründeten Gerechtigkeitsnormen.

Nicht eigens behandelt wird in diesem Buch auch die Problematik der sogenannten Generationengerechtigkeit, also die Frage, inwieweit der Staat bei seinen politischen Entscheidungen die Rechte und Interessen künftiger Generationen zu berücksichtigen hat. Allerdings besitzt das in Kapitel IV behandelte Eigentumsthema für die Generationengerechtigkeit, wie sich zeigen wird, eine beträchtliche Relevanz.

Zu Fragen der Gerechtigkeit gibt es eine große Vielzahl von Büchern und Aufsätzen. Ich werde nur auf wenige klassische Schriften ausdrücklich Bezug nehmen. Stattdessen werde ich versuchen, die zentralen Fragen nach der gerechten Gesellschaft in kritischer Auseinandersetzung mit den wichtigsten der in Be-

## *Einleitung*

tracht kommenden Positionen knapp und leicht verständlich zu erörtern. Für wertvolle Kritik danke ich Herrn Dr. Heiner Michel und meinem Freund Lothar Fritze.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)